



## Dresdner Vereinbarung

Fünfter Nationaler IT-Gipfel Dresden, 7. Dezember 2010

### Chancen für den IKT-Standort Deutschland nutzen

Die rasante Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikations-technologien (IKT) eröffnet völlig neue Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft. Cloud Computing, das mobile Internet und Soziale Netzwerke belegen dies eindrucksvoll. Die Bundesregierung hat in ihrer Strategie „Deutschland Digital 2015“ wichtige Ziele und Maßnahmen für die Stärkung des Standortes Deutschland in den nächsten Jahren vorgelegt. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden maßgebliche Beiträge zu einer raschen Umsetzung der Strategie leisten und haben dazu auf dem Fünften Nationalen IT-Gipfel 2010 in Dresden folgende Vereinbarung getroffen.

### Voraussetzungen für Wachstum: Netze und Köpfe

#### Breitbandstrategie als Grundlage zur Standortgestaltung

Der Ausbau eines zukunftsfähigen Breitbandnetzes ist notwendige Grundlage für die Erschließung von neuen ökonomischen Wachstumspotenzialen und innovativen Geschäftsmodellen. In den vergangenen Jahren sind große Fortschritte erreicht worden, insbesondere was die flächendeckende Grundversorgung mit Breitbandanschlüssen betrifft. Bundesregierung und Wirtschaft werden auch weiterhin die Umsetzung der Breitbandstrategie und einen wettbewerbsbasierten Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen entschieden vorantreiben.

Dabei wird die TKG-Novelle in 2011 einen modernen, investitions- und innovationsfreundlichen Regulierungsrahmen schaffen, der Marktlösungen grundsätzlich Vorrang vor Regulierung einräumt, einen Rahmen schafft für Kooperationen und die Hebung von Synergien über die Nutzung schon vorhandener Netzinfrastrukturen. Wichtig dabei ist, dass Unternehmen vor Investitionsbeginn soweit möglich Planungs- und Rechtssicherheit erhalten.

Bundesregierung und Wirtschaft vereinbaren nun, für die nächste Generation der Zugangsnetze in 2011 Regeln für einen freiwilligen offenen Netzzugang zu erarbeiten, die für alle Unternehmen gleichermaßen gelten. Bundesregierung und Wirtschaft stimmen überein, dass Diskriminierungsfreiheit und ungehinderter Zugang zu Informationen auch in künftigen Netzen gewährleistet werden müssen. Wirksamer Wettbewerb soll das maßgebliche Korrektiv bleiben, um Eingriffe in die Netzneutralität



zu Lasten von Verbrauchern, Netzen oder Diensten zu verhindern. Die Instrumente des Wettbewerbsrechts sowie der regulatorische Rahmen, wie er in der TKG-Novelle formuliert ist, reichen aus heutiger Sicht aus, um Netzneutralität zu gewährleisten. Bundesregierung und Wirtschaft vereinbaren, hierzu in einem engen Dialog zu bleiben.

### **Fachkräftepotentiale auszuschöpfen und die besten Köpfe gewinnen**

Der IT-Standort Deutschland ist nur so gut wie seine Fachkräfte. In der IKT-Industrie besteht bereits heute ein gravierender Mangel insbesondere an hochqualifizierten, interdisziplinär ausgebildeten Fachkräften, der sich durch die demografische Entwicklung weiter verschärfen wird. Wir sind uns einig, dass wir an zwei Stellen ansetzen müssen.

Zum einen müssen wir das Fachkräftepotenzial in Deutschland voll ausschöpfen und aktivieren. Bundesregierung und Wirtschaft werden gemeinsam die Initiative „Software Campus“ gründen und finanzieren. Unser Ziel ist es, Top-Informatikstudenten zu den IT-Managern von morgen fortzubilden. Dazu schließen sich IT-Unternehmen, Elite-Universitäten und Forschungseinrichtungen zusammen, um Studenten bei der Erarbeitung selbst gewählter Projekte individuell zu betreuen. Das EIT ICT in Berlin wird die Initiative koordinieren.

Diese Maßnahme wird unterstützt und ergänzt durch den vom BITKOM ins Leben gerufenen „BITKOM-Managementclub“, bei dem erfahrene Top-Level-Vertreter erfolgreicher IKT-Unternehmen in einem intensiven Mentoring Nachwuchsführungskräfte aus der IKT-Branche bei ihren nächsten Karriereschritten unterstützen.

Zum anderen muss Deutschland aber auch aktiv in den Wettbewerb um die besten Köpfe weltweit eintreten. Wir brauchen eine offene Willkommenskultur, damit Deutschland ein attraktiver Arbeitsplatz und Lebensort wird. Wir wollen daher die Zuwanderung von Hochqualifizierten und ihrer Familien nach Deutschland erleichtern. Die Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse wird beschleunigt und verbessert. Durch das kommende „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ stellen wir sicher, dass Zuwanderer in Deutschland gemäß ihrer Qualifikationen eingestellt werden können. Um transparenter und verständlicher über die bestehenden Möglichkeiten zur Aufnahme von Studium und Beschäftigung in Deutschland zu informieren, wird die Online-Plattform „Work-and-study-in-Germany“ geschaltet.



## **Wachstumsfelder: Intelligente Netze, Cloud Computing, effiziente Nutzung knapper Ressourcen und Cluster in Schlüsseltechnologien**

### **Zukunftsinitiative Intelligente Netze ausdehnen**

Auf der Basis intelligenter Netze entstehen neue Dienste und Produkte. IKT-Unternehmen und andere Industrien arbeiten zusammen an innovativen Lösungen für Kernprobleme der heutigen Gesellschaft wie die Sicherung von bezahlbarer Energie und eines effizienten Verkehrssystems.

Auf Basis des Energiekonzeptes der Bundesregierung und des Leuchtturmprojekts E-Energy werden wir IKT-basierte Energiesysteme der Zukunft vorantreiben und den Dialog zwischen Energie- und IKT-Unternehmen fördern. Für die Realisierung intelligenter Energienetze vereinbaren Politik und Wirtschaft, zügig weitere Maßnahmen für die EU-weit harmonisierte Entwicklung von Standards und bindender Vorgaben z. B. für bidirektional kommunikationsfähige und sichere Smart Meter sowie die Beseitigung weiterer Investitionsbarrieren zu entwickeln.

### **Neue Wertschöpfung im Netz**

Über neue Technologien wie Cloud Computing und In Memory-Computing, aber auch mit dem Internet der Dinge und der Verbreitung mobiler Endgeräte wird das Internet zur zentralen Organisationsplattform für Wertschöpfungsketten von Unternehmen und Verwaltungen. Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft haben gemeinsam das „Aktionsprogramm Cloud Computing“ gestartet, um die Innovations- und Marktpotentiale für alle Branchen zu erschließen und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu setzen. Traditionelle Stärken deutscher IT-Anbieter werden für die Entwicklung von Cloud Computing genutzt. Darauf aufbauend soll das Markenzeichen „Cloud Computing – Made in Germany“ geprägt werden. Im Rahmen des Technologiewettbewerbs „Trusted Cloud“ werden mittelständische Unternehmen Best Practice-Beispiele für den innovativen und sicheren Einsatz von Cloud Computing entwickeln.

Das „Business Web“ der Zukunft wird geprägt durch eine offene Plattform für Applikationen und die Gesamtorchestrierung vom Internet der Dinge bis zum mobilen Endgerät. Im Rahmen des Fünften Nationalen IT-Gipfels werden wir die Möglichkeiten



des Business Webs für den Standort Deutschland in einer gemeinsamen Task Force detaillieren und schon 2011 erste Pilotanwendungen entwickeln.

Bei offenen vernetzten „Cyber-Physical-Systems“, die Internet und industrielle Systeme verbinden, wollen wir die deutsche Spitzenstellung in Bereichen wie eingebettete Systeme und mobile Kommunikationsnetze 2011 durch den weiteren Transfer der vorliegenden Forschungsergebnisse über gemeinsame Arbeitsgruppen stärken.

### **Effiziente Nutzung knapper Ressourcen durch Green IT**

Der Schutz unserer natürlichen Ressourcen wird nur mit innovativen IKT-Lösungen gelingen. Zugleich ist der Markt für Green IT-Lösungen eines der größten globalen Wachstumsfelder der Zukunft. Die deutsche Industrie kann insbesondere an der Schnittstelle zwischen IKT und anderen Wirtschaftsbereichen wie Energie, Maschinen- und Automobilbau ihre führende Position weiter ausbauen.

In Umsetzung des 2008 vom Dritten Nationalen IT-Gipfel verabschiedeten Aktionsplans Green IT wird die Green IT Allianz im Jahr 2011 eine umfassende Informationsplattform unter der Schirmherrschaft mehrerer Ministerien einrichten. Das Wissenschaftsforum Green IT wird für die Plattform neueste wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verfügung stellen. Mit dem Technologieprogramm „IT2Green“ werden neue ganzheitliche Lösungen entwickelt und erprobt, u.a. für Informationslasten zwischen Rechenzentren. Bundesregierung, Wirtschaft, Verbände und Wissenschaft werden 2011 gemeinsam eine Strategie „Green Office Computing“ entwickeln, um die in der Roadmap „Ressourceneffiziente Arbeitsplatz-Computerlösungen 2020“ identifizierten Energie- und Materialeinsparungspotenziale zu erschließen. Wir werden gemeinsam auch die Verbreitung des EU Code of Conduct for Data Centres durch aktive Aufklärungsmaßnahmen vorantreiben.

Im CIOcolloquium und im CIO-Circle aktive Unternehmen werden die vereinbarte Selbstverpflichtungserklärung „Green IT“ unterzeichnen und umsetzen.



## **Schlüsseltechnologien stärken – Zukunft sichern**

Innovation und darauf basierendes Wachstum am Standort Deutschland gründen zunehmend auf Schlüsseltechnologien wie „Mikro- und Nanoelektronik“. Fast alle Industriebereiche profitieren von den Fortschritten dieser Schlüsseltechnologien, sehr viele sind davon abhängig. Immer mehr Produkt- und Dienstleistungsinnovationen sind Innovationen der Elektronik oder der Software. Auch der Erfolg von IKT ist ohne solche Technologien nicht denkbar. Sie erhöhen die Geschwindigkeiten des Datenaustauschs, verbessern die Effizienz und erhöhen die Kapazitäten auf immer kleinerem Raum. Um das volle Potential für Innovationen und Wirtschaftskraft auszuschöpfen, wollen wir attraktiv für die ganze Wertschöpfungskette sein. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft verpflichten sich gemeinsam dazu, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen und passende Rahmenbedingungen zu schaffen, um Mikroelektronik- und IT-Cluster wie „Silicon Saxony“ und „Cool Silicon“ sowie „Software-Cluster“ weiterzuentwickeln, u.a. durch gezielte Förderung von Forschung, Entwicklung und Fertigung. Wir stellen uns dafür dem Wettbewerb um die klügsten Köpfe und zukunftsweisenden Investitionen. Ziel ist Technologieführerschaft in Schlüsseltechnologien. Das gelingt nur mit attraktiven Investitionsbedingungen. Die Vernetzung zwischen Forschung, Entwicklung und Produktion werden wir ausbauen. Der europäische Binnenmarkt soll verbesserte Bedingungen hierfür bereitstellen. Die Initiative der Europäischen Kommission zu Key Enabling Technologies ist eine Chance, dafür die richtigen Akzente zu setzen. Diese Chance wollen wir nutzen.

## **Innovationen, junge IT-Unternehmen und Mittelstand**

### **Junge Unternehmen stärken**

Gerade die wissenszentrierte IKT-Wirtschaft bietet hervorragende Chancen für Startups und junge Unternehmen. Gleichzeitig müssen diese „Newcomer“ schnell wachsen, um sich auf dem internationalen Markt behaupten zu können. Wir werden im Rahmen der Initiative „Junge IT-Unternehmen starten durch“ gezielt einzelne Unternehmen durch gemeinsame Maßnahmen unterstützen. Dazu gehören die Einrichtung einer Dialogplattform „IT und Mittelstand“ und das CEO-Mentorenprogramm. Mit dem neu ausgerichteten IKT-Gründerkongress bieten wir zudem eine zentrale Plattform für das Zusammentreffen von jungen IKT-Unternehmensgründern mit potenziellen Investoren und Auftraggebern.





## **Mittelstand trifft Forschung**

Um den Technologietransfer zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung in den Mittelstand zu verbessern, organisieren wir mit „Mittelstand trifft Forschung“ ein neues Format im Rahmen der CeBIT. Anwendungsnahe Forschungsprojekte werden in kompakter und praxisorientierter Form präsentiert und Kontakte zwischen Mittelständlern und Wissenschaftlern hergestellt.

Im gemeinsamen Projekt THESEUS werden wir die Zusammenarbeit mit dem Mittelstand intensivieren: mit dem neu gegründeten THESEUS-Innovationszentrum, in dem Weiterbildungsangebote zum Technologietransfer konzentriert werden, einem Labor für Tests und dem Online-Store für Dienstangebote und Business Apps. Unser Ziel ist es, bereits in einem frühen Stadium der Entwicklungen in einen Dialog mit späteren Anwendern zu treten.

## **Außenwirtschaftsaktivitäten des IKT- Mittelstandes stärken**

IKT-Unternehmen sollen bei der Erschließung ausländischer Märkte durch einen kontinuierlichen Unternehmerdialog unterstützt werden. Zur Ermittlung relevanter Märkte, Hindernisse und Chancen wird über die Plattform „IT und Mittelstand“ eine repräsentative Umfrage durchgeführt werden. Der Austausch von Best Practice Beispielen in Workshops und Broschüren soll Unternehmen dabei helfen, ihr eigenes Auslandsengagement erfolgreicher zu gestalten. Gleichzeitig sollen auch Hinweise darauf gewonnen werden, welche Unterstützung Regierung, Verbände und Wissenschaft insbesondere mittelständischen und jungen Unternehmen geben können.



## Innovative Lösungen für öffentliche Verwaltung und Gesundheitswesen

Innovative IT-Angebote des Staates ermöglichen öffentlichen Verwaltungen die ebenenübergreifende Zusammenarbeit, den wirkungsorientierten Einsatz knapper Haushaltsmittel und eine bessere Servicequalität. Sie schaffen zudem mehr Transparenz und Bürgernähe.

### Open Government

Open Government kann mit seinen drei Aspekten Transparenz, Partizipation und Kooperation den Zusammenhalt aller gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland fördern und die Demokratie unterstützen.

Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft werden gemeinsame Open-Government-Ziele für Deutschland formulieren. Als nächster Schritt ist in enger Abstimmung mit allen Beteiligten bis 2013 der Aufbau einer zentral zugänglichen, den Interessen der Nutzer an einem einheitlichen, leichten und benutzerfreundlichen Zugriff gerecht werdenden Open-Data-Plattform vorgesehen. Sie soll die Plattformen von Bund, Ländern und Kommunen vernetzen und den Anforderungen von Bund, Ländern und Kommunen sowie den fachlichen Qualitätserwartungen der Nutzer gerecht werden. Die Plattform soll einen Beitrag zum Zugang zu Daten und Informationen der Verwaltung sowie zum weiteren Ausbau des prozessorientierten E-Government leisten.

### Kooperatives E-Government

Das deutsche E-Government hat trotz vieler guter Initiativen im europäischen Vergleich noch keinen Spitzenplatz inne. Den vorhandenen IT-Angeboten des Staates fehlt eine stärkere Verbreitung und Vernetzung, um von einer noch breiteren Basis der Bürger und der Wirtschaft umfassend akzeptiert und genutzt zu werden. Auch die Sichtbarkeit nach außen muss im föderalen Zusammenspiel besser werden.

Politik, Verwaltung und Wirtschaft werden gemeinsam alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, um unter Berücksichtigung des Leitbilds und der Ziele der Nationalen E-Government-Strategie Deutschland bis 2015 unter die TOP 5 im jährlichen EU-Benchmarking zu bringen. Dazu werden die Beteiligten auch den Bedarf für ein wissenschaftliches Nationales E-Government-Institut prüfen.



## **e-Health-Anwendungen der Telemedizin**

Infolge der demografischen Entwicklung werden die Zahl der von mehreren Krankheiten gleichzeitig betroffenen Menschen und die hieraus resultierenden Herausforderungen an unsere Gesellschaft erkennbar wachsen. eHealth-Anwendungen können einen breiteren Zugang zu medizinischer Expertise insbesondere auch in ländlichen Regionen ermöglichen und dem steigenden Kostendruck entgegenwirken. Im Rahmen der von der Bundesregierung gegründeten eHealth-Initiative soll die Aufnahme und Integration von eHealth-Leistungen in bestehende Behandlungs- und Betreuungsprozesse durch einen gemeinsam getragenen Aktionsplan der Organisationen der Selbstverwaltung und der Unternehmen erleichtert und beschleunigt werden.

## **Vertrauen, Schutz und Selbstverantwortung in der digitalen Welt**

Die IT-Sicherheitslage ist angespannt. Angriffe auf IKT-Systeme sind mittlerweile an der Tagesordnung. Bei dieser Ausgangslage kommt der Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft beim Schutz unserer kritischen Informationsinfrastrukturen und dem Schutz der Funktionsfähigkeit von E-Business und E-Government eine große Bedeutung zu.

### **Neuer Personalausweis**

In etwa sechs Jahren werden rund 55 Millionen Deutsche den neuen Personalausweis haben. Mit seinen Online-Funktionen verfügen sie dann über die Möglichkeit, ihre eigenen persönlichen Informationen im Netz besser zu schützen. Der neue Personalausweis soll im Netz die gleiche Verbreitung und Selbstverständlichkeit bekommen wie der Personalausweis es schon heute hat. Für Anbieter soll es selbstverständlich sein, den Zugang zu personalisierten Diensten und Anwendungen auch mit dem neuen Personalausweis zu ermöglichen.

Politik, Verwaltung und Wirtschaft werden die Bereitstellung von neuen Diensten im E-Government und E-Business mit dem neuen Personalausweis mit hoher Priorität verfolgen und ihre Geschäftsprozesse danach ausrichten. In einem ersten Schritt werden Wirtschaft und Verwaltung in den kommenden beiden Jahren ihre eigenen internetfähigen und personalisierten Dienstleistungen auf den neuen Personalausweis umstellen, so sie hierfür geeignet sind.





## **Elektronische Identitäten**

Sichere elektronische Identitäten sind der Schlüssel für verlässliches und vertrauenswürdigen Handeln im Internet. Dabei tragen Internetnutzer, Wirtschaft und Staat gemeinsam Verantwortung für den Schutz dieser Identitäten vor unbefugtem Zugriff, Missbrauch und Manipulation. Staat und Wirtschaft unterstützen dort, wo der Einzelne dies zu Recht erwartet. Im Rahmen des IT-Gipfelprozesses wollen Staat und Wirtschaft gemeinsam erarbeiten, was sichere Identitäten auszeichnet und deren Einsatz vorantreiben.

## **De-Mail**

Vertrauliche private Schreiben, Geschäftspost oder die Korrespondenz mit der Verwaltung können mit De-Mail einfach, sicher und von jedem Internetzugang aus elektronisch erledigt werden. De-Mail spart viel Zeit und Kosten bei Bürgern und Unternehmen und ist so einfach wie die E-Mail, die wir schon heute kennen.

Politik, Verwaltung und Wirtschaft vereinbaren, De-Mail so schnell wie möglich zu realisieren. Dazu wird die Bundesregierung das Gesetzgebungsverfahren zügig im Frühjahr 2011 abschließen. Interessierte Unternehmen werden ihre Akkreditierung 2011 mit der Unterstützung der Verwaltung abschließen. Wirtschaft und Verwaltung werden De-Mail in ihre bestehenden Prozesse integrieren.

## **Elektronischen Rechtsverkehr fördern**

Um den elektronischen Rechtsverkehr zu fördern, stellen wir gemeinsam die Anforderungen an E-Justice auf den Prüfstand, indem wir klären, ob in bestimmten Bereichen auf das Schriftformerfordernis und damit auf den Einsatz qualifizierter elektronischer Signaturen verzichtet werden kann und stattdessen – je nach Sicherheitserfordernis – der Einsatz alternativer Sicherungsmechanismen in Betracht kommt. Hierzu werden die gesetzlichen Formvorschriften analysiert, welche in den oben genannten Bereichen den Einsatz einer qualifizierten elektronischen Signatur anordnen.



## Online Banking

Immer mehr Menschen wickeln ihre Bank-Geschäfte heute online ab. Datensicherheit beim Online-Banking ist deshalb ganz wichtig. Zum Schutz vor Kriminalität und der Ausspähung sensibler Daten müssen wir vor allem die Möglichkeiten der Technik noch stärker nutzen. Wir wollen daher an Lösungen weiterarbeiten, die das Online Banking sicherer machen.

## Schutzrechte in der vernetzten Gesellschaft wahren

Die verschiedenen Angebote zu Hilfen für mehr Sicherheit im Internet werden gebündelt. Wir werden auch gemeinsame Projekte weiter vorantreiben, die den Schutz der persönlichen Rechte, der Daten der Bürger und die Privatsphäre in Sozialen Netzwerken gewährleisten. Dabei soll eine Balance von Schutzrechten und Nutzbarkeit von Diensten und Anwendungen im Netz ermöglicht werden.

Bundesregierung und Wirtschaft vereinbaren, einheitliche technische Lösungen für Verfahren in der vernetzten Gesellschaft datenschutzgerecht und bürgertauglich in Pilotprojekten umzusetzen.

Dazu gehört auch, die Möglichkeiten der Selbstregulierung zu nutzen. Der Datenschutz-Kodex für Anbieter von Panorama-Diensten, der mit einer zentralen Online-Plattform für interessierte Bürger umgesetzt werden soll, kann als Selbstverpflichtung Vorbild auch für andere Internetangebote sein, wenn er eine breite Akzeptanz findet.